

Berliner Wassertisch zur Sammlungsbewegung #Aufstehen

Der Berliner Wassertisch hat sich als Initiator und Träger des 1. Volksbegehrens 2011 erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Berliner Wasserbetriebe mit den wichtigen Kernaufgaben der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung wieder in kommunalen Besitz gekommen sind. Darüber hinaus hat der Berliner Wassertisch eine ‚Wassercharta‘ erstellt, nach deren Standards die Infrastruktur in Berlin durch die Wasserbetriebe gepflegt, erhalten und erneuert werden soll, und einen maßgeblichen Beitrag dazu geleistet, dass Berlin vom Abgeordnetenhaus vor kurzem zur „Blue Community“ erklärt wurde.

Auf Basis des mit großer Stimmenmehrheit gewonnenen Volksentscheids, der von den Berlinerinnen und Berlinern erzwungenen Re-Kommunalisierung und der durch die ‚Wassercharta‘ und den Status Berlins als „Blue Community“ gesetzten Standards fordern wir seit langem eine größere direkt-demokratische Mitbestimmung bei den Wasserbetrieben, zum Wohle unseres Gemeinwesens. Leider verweigert sich der Berliner Senat dieser direkt-demokratischen Mitbestimmung – nicht einmal die im Hinblick auf demokratische Transparenz nötige Erweiterung des Informationsfreiheitsgesetzes wurde von ihm auf die politische Agenda gesetzt. Ganz im Gegenteil: Seine Aktivitäten gehen ersichtlich dahin, immer mehr Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge vom öffentlichen in den privaten Sektor zu verlagern und damit der demokratischen Einflussnahme weitgehend zu entziehen. Einer der Gründe für diese ‚Flucht ins Privatrecht‘ ist die umstrittene ‚Schuldenbremse‘, die den wirtschaftspolitischen Spielraum unangemessen verengt und in vielen Fällen die Suggestivkraft von Privatisierungskonzepten erhöht, wenn nicht gar Privatisierungen erzwingt.

Diese neoliberale Tendenz zum Rückzug des Staates durch die Privatisierung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur beobachten wir überall in Deutschland mit wachsender Besorgnis. Denn gerade im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur müssen die Aufgaben nach unserer festen Überzeugung demokratisch legitimiert und gemeinwohlorientiert erfüllt werden; eine privatwirtschaftliche, auf Gewinnerzielung gerichtete und an partikularen Interessen orientierte Aufgabenerfüllung ist in diesen Bereichen völlig fehl am Platz und führt zu erheblichen negativen Konsequenzen für das Gemeinwesen.

Da die etablierten Parteien sich weigern, die genannten Themen auf die politische Tagesordnung zu setzen - sogar dann, wenn es eigene Parteibeschlusslagen dazu gibt - können wir nur den Schluss ziehen, dass ihnen partikulare Wirtschaftsinteressen näher stehen als die Interessen der Allgemeinheit, das heißt der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Das muß sich ändern.

Um diese dringend notwendige Veränderung herbeizuführen und unsere Demokratie zu revitalisieren, braucht es eine politische Bewegung, die die entsprechenden Kräfte in und außerhalb der etablierten Parteien mobilisiert und bündelt, ohne selbst Bestandteil unserer in Denk- und Sprechverboten festgefrorenen gegenwärtigen Parteienlandschaft zu sein.

Berliner Wassertisch, 20.08.2018